

1 **Hartmut Ganzke** (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen  
2 und Kollegen! Auch wenn möglicherweise die eine oder andere  
3 vorbereitete Rede umgeschrieben werden muss und ich die Rednerinnen  
4 und Redner mit den folgenden Worten etwas verwirre, will ich mit einem  
5 Dank beginnen, der sonst immer am Ende der Arbeit von  
6 Untersuchungsausschüssen steht. Es ist ein Dank an Vertreterinnen und  
7 Vertreter der regierungstragenden Fraktionen für ein intensives Gespräch,  
8 das wir am Mittwoch geführt haben – über einen schon damals  
9 verfassungsgemäßen Antrag zur Einführung und Installierung eines  
10 Untersuchungsausschusses.

11 (Lachen von der CDU)

12 Das Gespräch habe ich als sehr intensiv und als sehr fair  
13 wahrgenommen. Wir können auch ausgehend von diesem Gespräch  
14 heute über einen Antrag diskutieren und Personalvorschläge machen.  
15 Damit geben wir dem Parlament die Möglichkeit, schon jetzt mit einer  
16 wichtigen Arbeit anzufangen.

17 Als ich im Jahr 2012 als neu gewählter Abgeordneter in dieses Hohe  
18 Haus einziehen durfte, habe ich wie Sie alle zu Beginn in der  
19 Verpflichtungserklärung vor dem Landtag erklärt, meine Pflicht und  
20 Verantwortung nach bestem Wissen und Können zu erfüllen zu versuchen  
21 und gegenüber jedem Menschen Gerechtigkeit zu üben. Als langjähriges  
22 Parlamentsmitglied und Mitglied unterschiedlicher  
23 Untersuchungsausschüsse habe ich das 15 Jahre lang versucht. Das ein  
24 oder andere Mal habe ich es geschafft, oftmals wahrscheinlich auch nicht.  
25 Die feste Überzeugung ist aber, dass wir nur dann glaubhaft und  
26 glaubwürdig sein können, wenn wir Gerechtigkeit gegenüber jedem  
27 Menschen üben.

28 Und darum geht es hier vorwiegend, liebe Kolleginnen und Kollegen.  
29 Denn im Frühjahr dieses Jahres nahmen wir alle  
30 Presseberichterstattungen zur Kenntnis, laut denen in Ministerien dieser  
31 Landesregierung seitens mehrerer Beschäftigter unter anderem der  
32 Vorwurf erhoben wurde, dort herrschten seit Jahren – Zitat – „Angst,  
33 Druck und ein Führungsstil, der offenbar krank macht“. Es ging um  
34 angeblich „gesundheitsschädigende Umgangsformen“, „desaströses  
35 Führungsverhalten“ und „unangemessenes Verhalten“.

36 Laut weiterer Presseartikel sollen einzelne Ministerien, Ministerinnen und  
37 Minister, die Staatskanzlei und der Ministerpräsident darüber informiert  
38 worden sein. Wer darüber nicht informiert wurde, war und ist das  
39 Parlament – also wir –, dessen Hauptaufgabe es laut unserer Verfassung  
40 ist, die Exekutive, also die Regierung, zu kontrollieren – nicht zum  
41 Selbstzweck, sondern um Machtmissbrauch zu verhindern und  
42 Regierungshandeln transparent zu machen.

43 (Beifall von der SPD und Susanne Schneider [FDP])

44 Das ist unsere Aufgabe, der meine Fraktion mit den Mitteln, die uns die  
45 Verfassung zur Verfügung stellt, nachgekommen ist. Wir haben Kleine  
46 Anfragen gestellt, wir haben Sondersitzungen von Ausschüssen  
47 beantragt, wir haben Akteneinsicht verlangt, wir haben konkrete Fragen  
48 zu Abläufen und Sachverhalten gestellt, wir haben in Fragestunden im  
49 Parlament versucht, Antworten zu erhalten, und wir haben die Einsetzung  
50 eines unabhängigen Sonderermittlers vorgeschlagen.

51 Jedes dieser Angebote hätte die Möglichkeit eröffnet, Vertrauen und  
52 Gerechtigkeit gegenüber jedermann, gerade gegenüber den  
53 Beschäftigten der Landesverwaltung, die laut den  
54 Presseveröffentlichungen mögliche Leidtragende von möglichem

55 Machtmissbrauch und möglicher Nichtfürsorge geworden sind,  
56 herzustellen. Sie hätten auch die Möglichkeit eröffnet, einen  
57 Parlamentarischen Untersuchungsausschuss überflüssig zu machen.

58 (Zuruf von Bianca Winkelmann [CDU])

59 Diese Angebote sind jedoch leider teilweise bzw. überwiegend abgelehnt  
60 und nicht angenommen worden.

61 Dabei ist doch unbestritten: Wenn der Staat Hinweise darauf erhält, dass  
62 seine Beschäftigten möglicherweise unter Angst, unter Druck oder unter  
63 einem möglicherweise gesundheitsgefährdenden Führungsverhalten bzw.  
64 einem möglichen Wegsehen leiden, kann politische Verantwortung nicht  
65 darin bestehen, jahrelang einfach zur Tagesordnung überzugehen. Der  
66 Staat hat wie jede Arbeitgeberin und jeder Arbeitgeber eine  
67 Fürsorgepflicht gegenüber den Mitarbeitenden. Diese Fürsorgepflicht  
68 endet nicht an der Tür eines Ministeriums, und sie endet auch nicht bei  
69 politischen Spitzenämtern.

70 (Beifall von der SPD)

71 Vielmehr gehört sie hier ins Parlament, weil ein demokratischer  
72 Rechtsstaat alles daransetzen muss, diese Vorwürfe lückenlos  
73 aufzuklären, und zwar, weil andere Angebote nicht zum Erfolg führten –  
74 ich komme gleich zum Ende, Herr Präsident –, durch einen  
75 Untersuchungsausschuss, der kein Gerichtsverfahren ersetzt und keine  
76 Schuld feststellt, jedoch Respekt gegenüber den Opfern möglichen  
77 Fehlverhaltens zeigt. Wir müssen klären – das ist die Aufgabe –, ob die  
78 politisch Verantwortlichen ihrer Verantwortung gegenüber jedem  
79 Menschen gerecht geworden sind.

80 Die SPD wird diesem Antrag zustimmen. Wir laden Sie herzlich dazu ein,

81 das ebenso zu tun. – Vielen Dank.

82 (Beifall von der SPD)

83 **Präsident André Kuper:** Danke, Herr Ganzke. – Für die CDU spricht ihr  
84 Abgeordnete Herr Löttgen.